

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

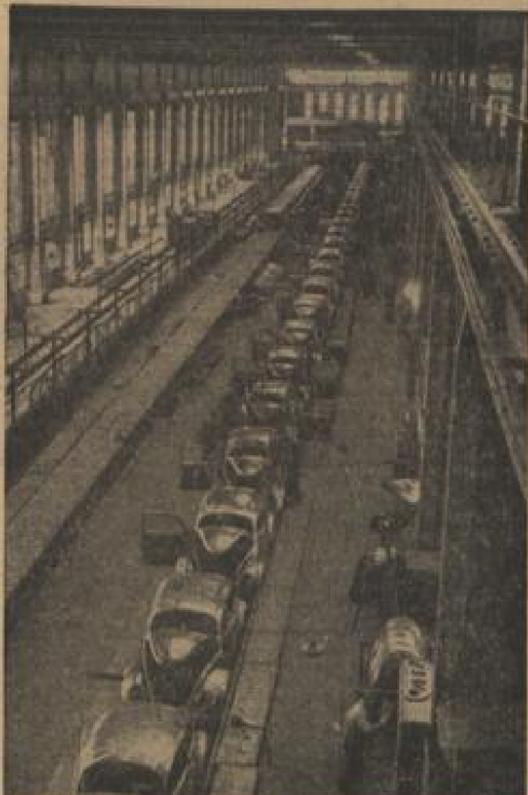
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

42 (21.10.1949)

Einzelhandelsumsätze steigen wieder

Württemberg-Baden: Industrieproduktion über Vorkriegsstand — D-Mark weiter stabil 4000 neue Patentmeldungen — Demontagen beschleunigt — Vor einer Benzinsteuern?



Heute bringen wir auf Seite 8 eine Reportage über das Volkswirtschaftsamt in Wolfsburg. Dieses Bild zeigt das Kammerspiel-Montageraum.

Bedarf an Gewissen

Die Rede, die der neugewählte Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. K. C. Hans Böckler, auf dem Gründungskongress hielt, ist leider in der Tagespresse nicht genügend beachtet und kommentiert worden.

Zwei Problemkreise aus dem Gebiete Böcklers wollen wir hier herausgreifen, um nach dieser Untersuchung zu seinem Standpunkt von der „Wiedergeburt des sozialen Gewissens“ Stellung zu nehmen. Die erste These lautet: „Die von den Gewerkschaften angestrebte volkswirtschaftliche Ordnung wird an Stelle des privaten Gewinnstrebens als Organisationsprinzip die Bedarfsdeckung setzen müssen, Arbeitskraft, Leistungsleistung und Leistungswille müssen die einzigen Kriterien des gesellschaftlichen Wohlstands werden.“ Wir wissen und sind der Überzeugung, dass diese These von allen rein soziologischen und politischen Argumenten fortlassen, etwa von der Notwendigkeit, dass der Ruf nach Bedarfsdeckungs-Organisation den Machtanspruch in sich schließt, darüber zu entscheiden, wessen die Monarchie eines Volkes bedürftig. Wir halten uns an die rein wirtschaftliche Erörterung.

Die Zeiten der Zuteilung der Kaufkraft und des Markensystems sind jedem Deutschen so geläufig, daß man hier ohne Theorie beweisen kann. Wir wissen aus dieser Zeit, daß nicht einmal im Ernährungsbereich der Bedarf feststellbar ist. Die Zeiten sind in den letzten Monaten, als die Marktwirtschaft langsam abklang, nicht als Lebensmittel abgeholt worden, die auf Märkten zustanden. Der Grund ist bekannt: der Geldmangel. Es hat aber noch niemals jemand ein ökonomisches System gefunden, das den Bedarf an sich anzeigt und das bei einer Reglementierung von oben feststellen konnte, welcher Bedarf zu jedem Preis und welcher Bedarf zu einem bestimmten Preis gedeckt wird. Wir haben in den Monaten nach der Währungsreform deutlich gespürt müssen, daß Nachfrage und Bedarf nicht dasselbe sind. Gerade die jungen Menschen bei uns konnten und können heute noch nicht begreifen, daß viele Waren zum Verkauf angeboten werden, aber die Menschen nicht Geld genug haben, um sie zu kaufen — eine Erscheinung, die wir Älteren aus der Friedenszeit noch gut kennen und in der wir das gesunde Funktionieren der Wirtschaft sehen. Wenn man nämlich den Bedarf gleich Wunsch setzt, dann reicht auch ein sehr gutes Einkommen niemals aus, um den Bedarf zu decken. Wer möchte sich nicht oft, möglichst täglich, 1-2 Stück Torte erwerben? Wer möchte sich nicht eine neue Aktentasche, eine neue Uhr oder gar einen schönen Schmuck kaufen und welche Lesartie möchte sich nicht heute ein großes Paket schöner neuer Bücher unter den Arm klemmen? Das konnte man nie und wird man auch nie können. Ebensowenig wie man darüber jammern darf, ist es falsch, sich aufzuregen, daß heute zuviel konsumiert und zu wenig gespart wird. Die Grenze für die Befriedigung der Wünsche ist insgesamt das Einkommen. Was tatsächlich gekauft wird, ist der Bedarf. Eine moralische Wertung ist in diesem Zusammenhang fehl am Platze. Es hat in jeder Einkommensschicht immer Menschen gegeben, die ihr Einkommen falsch verwandten. Der Alkohol, die Liebe und die Ritzerei haben oft zu einem Bedarf geführt, der den lebensnotwendigen Bedarf, den Unterhalt der Familie, gefährdeten — und dies in jeder Einkommensschicht. Ebensowenig wie man nun sagen kann, wir wollen diesen Bedarf eben aus unserem Organisationsprinzip weiter decken, kann man organisatorisch dazugeben, an-

den Bedarf festzustellen. Man würde damit nämlich nur den Konsum obligatorisch machen.

Wenn man aber der Leistungswille und die Leistungsfähigkeit, wie in der These Böcklers als neues Prinzip eingeführt werden soll, dann bedeutet doch gerade der Gewinn den Beweis der Leistungsfähigkeit eines handwerklichen und industriellen Unternehmens. Leistungswille besagt doch auch: sich gegen die anderen nicht nur behaupten, sondern mehr leisten. Größere und bessere Leistung müssen mehr Lohn und Verdienst bringen. Je mehr ich an Lohn oder Gewinn verdiene, um so mehr Wünsche kann ich befriedigen und zu Bedarf dadurch machen, daß ich kauft. Hier setzt aber schon die Theorie an. Einem Teil des Mittelstandes nimmt der Staat durch Steuern für sich in Anspruch und verhindert damit die Bedarfsdeckung. Je höher das Einkommen ist, um so stärker steigt prozentual der Anteil des Staates — und um so stärker ist folglich der Staat auch daran interessiert, daß die Gewinne steigen. Wer also nach Gewinn strebt, leistet einen zusätzlichen Beitrag in der allgemeinen Kasse. Man wird danach nicht sagen können, daß das Gewinnstreben kein nützliches Streben sei, wenn sich die Bedarfsdeckung als das offener bessere Prinzip nicht erweist wird.

Ebenso wie die erste These Böcklers durch die Praxis verwirrt wurde, geht es auch der zweiten These. Die Schlichtindustrie muß verstaatlicht werden, aber Verstaatlichung oder Kollektivierung ist nicht einfach die Verstaatlichung. Man denkt bei dieser These unwillkürlich an den vor einigen Monaten in Deutschland aufstrebenden Begriff des sozialisierten Kapitals, womit gemeint war, man solle dafür sorgen, ähnlich wie es früher zum großen Teil in der Schwerindustrie war, daß viele Tausende von Kleinaktionären an einem großen Unternehmen beteiligt wären. Das war gut und würde sich wieder nützlich sein. Aber zwischen Kollektivierung und Verstaatlichung ist unterschieden, erscheint uns unendlich. Entweder gehört ein Unternehmen dem Staat bzw. einem Gemeindeverband, oder es gehört einem oder vielen privaten Besitzern. Es kann nur einseitige Eigentumsrechte geben. Das Eigentumsrecht schränkt das Eigentumsrecht ein. Über diese rechtliche Wirkung muß man sich innerlich klären bei der Forderung auf das Mittelstandesrecht klar sein.

Denn haben wir aber den Anschluss zu der „Wiedergeburt des sozialen Gewissens“ gefunden. Über den Streit, wie weit ein Lohn gerecht und von wann an er überhöht ist, bis wie weit der „Herr-im-Haus-Standpunkt“ gehen darf und wie weit nicht, endet immer in der moralischen Ebene, wenn man das Prinzip der Freiheit nicht mehr anerkant. So lange der Arbeiter die Freiheit hat, darf er nicht zu gehen, wo er am besten verdient, und der Unternehmer die Freiheit hat, die zu produzieren, wozu er am besten verdient. Schalten die moralischen Momente aus. Es ist aber doch merkwürdig, daß wir in Deutschland nie so kräftig die Standpunkte vertreten haben und daß gerade die Unternehmer, denen man nachsagen, sie seien sehr auf den Herr-im-Haus-Standpunkt, die größten sozialen Einrichtungen, insbesondere Pensionskassen, gegründet haben. Das soziale Gewissen hat in Deutschland eigentlich nie geschlafen, und heute sind Arbeiter und Unternehmer in Deutschland viel stärker zusammengedreht und aufeinander angewiesen, als je zuvor. Trotz der Verwirrung der Begriffe in der Praxis vereinigen sich die These Böcklers im sozialen Gewissen der Deutschen.

Besonderheiten hat die vergangene Woche nicht gebracht. Auch die Preise auf den freien Warenmärkten in Westdeutschland und Berlin haben sich kaum verändert. Die Geschäftslage blieb überall ruhig. In München war eine starke Nachfrage nach Bohlenmaterial und Zement zu verzeichnen. In Berlin dagegen hielt das reichliche Kaffeeangebot weiter an. In Hamburg wurden nennenswerte Umsätze nur bei Butter und Zucker erzielt. Das deutsche weisse Weizenmehl ist reichlich vorhanden war, war Am-Mehl weder angeboten noch gefragt. Der Klebpreis für Butter hält sich zwischen 19 DM in Hamburg und 8 DM in München. Der Zuckerpreis schwankte zwischen 2,60 und 3,30 DM. Bei Rohkaffee sind die Preise noch sehr unterschiedlich: angebotet in Hamburg 30 DM, und in München 15 DM.

Getreide-Ablieferungen

Auf den deutschen Agrarmärkten haben sich die Ablieferungen an Roggen und an Weizen nicht in dem Umfang vermindert, wie man wegen der Inanspruchnahme der Landwirtschaft durch die Kartoffelernte vermuten mußte. Roggen ist immer noch reichlich angeboten, aber die Mühlen zeigen jetzt auch wieder für Roggen etwas mehr Interesse. Eine Beeinflussung der Preise durch die immer noch über der Norm liegende Angebot konnte nicht feststellbar werden. Die Weizenablieferungen haben ebenfalls weiter zugenommen. Es ist zu erwarten, daß Westdeutschland auf der Novemberernte das Weltweizenmarktes in diesem aufgenommenen wird. Jedoch auch das Weltweizenmarkt hat sich in den letzten Tagen etwas erholt. Die Preise für Roggen sind etwa 60 DM, der durch Subventionen gedeckt werden muß. Bundesminister Niklas schätzt den Subventionsbedarf für die Lebensmittel auf 300 Mill. DM jährlich. Bei Weizen sind wir zu 70% auf die Einfuhr angewiesen. Es ist errechnet worden, daß rund 1 Milliarde Dollar für die Lebensmittelversorgung Deutschlands im kommenden Jahr notwendig sein wird, von denen knapp ein Drittel durch EHP-Mittel aufgebracht wird.

Beruhigter Viehmarkt

Auf dem Schlachtviehmarkt hat die Veröffentlichung über den Schweinebestand deutlich gezeigt, daß das Bewirtschaftungssystem kaum mehr nötig ist. Es ist damit zu rechnen, daß im Frühjahr 1950 der Schweinebestand seine Vorkriegshöhe erreicht. Auch die Rindfleischproduktion werden in den kommenden Monaten kaum einen Rückfall zeigen. Die Fleischversorgung bessert sich von Monat zu Monat. Man rechnet deshalb auch selbst bei einer Freigabe der Schlachtviehpreise nicht mit einer Erhöhung der Preise. Schließlich werden auch die in Aussicht stehenden Einfuhren aus Dänemark, Frankreich, Ungarn, Argentinien und der Tschechoslowakei, die bis zum Frühjahr 1950 etwa 40 000 t betragen werden, bei einem etwa erforderlichen Preisgleichgewicht eine Rolle spielen. Die Preise sind gut bezahlt und für Qualitätsrinder besser. Ein Landwirtschaftsminister ist rückfällig geworden: Südwestdeutschland hat die „Ausfuhr“ in die britisch-amerikanische Zone verboten, d. h. die Eisenbahn darf Vieh nur nach Vorlage einer Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums befördern. Das Ministerium begründet diese Maßnahme damit, daß wegen der höheren Preise in Norddeutschland zu viel Schweine dorthin abtransportiert sind. Man so sein, diese Maßnahme gebietet nicht in unsere neue Bundesrepublik. Hoffentlich sieht man das ein und hebt die Beschränkung wieder auf.

Bei Pflanzenfett scheint Aussicht auf Extraktierung zu bestehen. Die Einfuhren, die im September wegen der Währungsunsicherheiten sich etwas verminderten, entwickelten sich wieder planmäßig und die Ablieferungen von Ölsamen aus eigener Erzeugung überschritten jetzt schon 100 000 t gegen noch nicht 50 000 t in der entsprechenden Zeit im Vorjahr. Auch die Butterbestellung der Molkereien liegt über den Erwartungen.

Börsen freundlich

An den deutschen Börsen hielt bis zum Ende voriger Woche die feste Tendenz an. Bei Beginn dieser Woche erfolgten Gewinnmitnahmen und Glättstellungen. Es fehlten offenbar neue Kluferschichten, die zu den höheren

Kursen einsteigen. Die Rentabilität der Betriebe wird von den Börsen stärker beobachtet. Insbesondere ist auch jetzt noch die Tendenz der Börsen nicht unzufrieden. Nebenwerte konnten sogar in dieser Woche noch erhebliche Kursvermehrungen erzielen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Börsen waren in dieser Woche etwas größer. Düsseldorf zeigte am Mittwoch lebhaftes Geschäft, die anderen Börsen dagegen ruhiger. In München lagen die Großbanken am Mittwoch fester, in Düsseldorf schwächer. In Düsseldorf lagen am Mittwoch die Verzinsungswerte besser, die Monatswerte etwas schwächer. Insbesondere liegen die Kurse der Monatswerte auch jetzt noch wesentlich über den Kursen der Mitte voriger Woche. Güterausfuhrwerte vorläufig am Mittwoch in Stuttgart 37 gegen 33 in der Mitte der vorigen Woche. Stahlwerte lag bei 24% gegen 21, Rheinmetall bei 21% gegen 21. Die Großbankaktien stiegen bei 32 und 11% gegen 10% bis 11. In Frankfurt stieg am Mittwoch Schiff bei 30 auf 30, Torpede von 25 auf 25 und Südd. Zellwolle von 21 auf 21.

D-Mark stabil

An den beiden Devisenmärkten in Deutschland war es still und die Umsätze begrenzt. Die Kurse haben sich nur sehr wenig verändert. Man rechnet in Hamburg allgemein mit einer baldigen Wiederaufnahme des offiziellen Devisenhandels. Der Dollar liegt zwischen 4 und 6,40 DM, das englische Pfund zwischen 14,30 und 15,30 und der Schweizer Franken zwischen 1,20 und 1,40, die Dänemkrone bei — 25, die Schwedenskrone bei — 23 DM. Für 100 belgische Franken werden 10 bis 12 DM und für 100 frank. Franken 12 bis 15 DM gezahlt; der holländische Gulden wird mit 1,20 bis 1,30 DM gehandelt. International hat sich der Kurs der D-Mark weiter gebessert. In Zürich lag der Kurs teilweise bei 70 sfr für 100 DM heraus.

Aktivität

Die wirtschaftliche und technische Aktivität in Deutschland wächst weiter. Der Produktionsindex in Westdeutschland erhöhte sich von 90 im August auf 95 im September. Prof. Eckhard betont, daß die konjunkturellen Einflüsse möglicherweise stärker sind als saisonale. Er könnte also — und wir sind dieser Meinung — gut möglich sein, daß der sonst übliche Herbstrückgang überhaupt nicht eintritt, was in Anbetracht der Arbeitslosigkeit, auf die wir noch kommen, sehr wichtig ist. Der Verbrauchsgüterindex stieg von 78 auf 83, und der Bauindex erfuhr eine Erhöhung auf 90. An dieser Stelle sei die andere Zahl eingeschaltet, die Prof. Eckhard Anfang dieser Woche bekanntgab: Die Leistung des einzelnen, die vor der Währungsreform bei 49% lag, ist heute auf rund 70% der Vorkriegsleistung wieder anzusetzen. Aus diesem Grund kann man der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung durchaus vertrauensvoll entgegensehen, sagt Prof. Eckhard. Wir sind der gleichen Ansicht, zumal die Zahl der Beschäftigten heute schon höher ist als vor dem Krieg. Je besser die technische Ausrüstung ist und je weiter die oben erwähnte Leistungssteigerung des einzelnen fortschreitet, um so mehr werden die Preise sinken und der Konsum oder die Kapitalbildung — oder beides — steigen.

Ein Schlüssel auf die technische Aktivität der Deutschen wird die Feststellung, daß seit dem 1. Oktober (der Eröffnung des Deutschen Patentamtes) bis jetzt etwa 4000 Neupatentmeldungen eingelaufen sind; der durchschnittliche Tagesantrag beträgt etwa 300 bis 350 Anmeldungen. Diese Neupatentmeldungen werden gleichzeitig mit den insgesamt 65 000 Patentmeldungen der ehemaligen Annahmestellen Dermated und Berlin bearbeitet.

Arbeitslosigkeit und Löhne

Immer mehr zeigt sich bei der Beobachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, daß, wie es auch Bundesminister Bismarck Mitte dieser Woche ausdrückte, die Erhöhung der Zahlen im wesentlichen auf den Zugang von Personen zurückzuführen ist, die entweder bisher nicht in einer regelmäßigen Tätigkeit waren, oder auf den Zustrom aus der Ostzone. Interessant ist, daß in Nordrhein-Westfalen im 3. Quartal 1949 die Zunahme der Beschäftigten zum erstenmal in diesem

Jahr wieder größer war als die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Der große Zustrom aus der Ostzone und die zunehmende Auflösung der stillen Arbeitsreserve werden also verhältnismäßig gut aufgenommen — und dies bei steigenden Löhnen. Auf Niedersachsen liegen die zahlenmäßige Unterschiede vor. Dort erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr die Löhne für Facharbeiter um 30% und für Hilfsarbeiter um 42%. Der Durchschnitts-Wochenverdienst eines Facharbeiters stieg von 42,90 auf 60,70 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit dehnte sich in der gleichen Zeit von durchschnittlich 40 auf knapp 46 bei den Männern und von 36 auf 43 Stunden bei den Frauen aus. Damit ist die Steigerung des Bruttowochenverdienstes nur zu einem Drittel auf die Erhöhung der Arbeitszeit zurückzuführen. In diesem Zusammenhang seien die Erklärungen des Bundesarbeitsminister Störck erwähnt, die die Zahl der durch die Demontage arbeitslos gewordenen Menschen auf 300 000 schätzt. Die von dem Beschäftigten angegebene Zahl von 40 000 würde bereits in Watenstedt, Kiel und Wilhelmshaven erreicht.

Demontagen beschleunigt

Damit kommen wir zu dem unerfreulichen Kapitel der Demontagen. Entgegen dem Wunsch der Bundesregierung, die alles daransetzt, die Besatzungsmächte zu einer Verlangsamung der Demontage zu bewegen, ist bei der Generalinspektion A-G durch britische Behörden eine Beschleunigung angeordnet worden. Die Zahl der Demontagearbeiter soll von 200 auf 300 erhöht. Am Montag hat die britische Militärregierung den Befehl zur Demontage des Bonawerks in den Farbrwerken Bayer in Leverkusen gegeben. Beginn 24. Oktober. Deutsche Behörden wehren sich so gut sie können: der Regierungspräsident in Nordrhein-Westfalen hat einige Demontagefirmen mit hohen Geldstrafen belegt, weil sie keine Genehmigungen zu Abrucharbeiten hatten. General Bishop hat daraufhin verfügt, deutsche Elektrizität durch die Abrucharbeiten nicht durch Anordnungen in ihrer Arbeit behindern. In den USA ist das Thema Demontage der Besatzungsmächte des Parlaments abgelehnt worden und wird in diesem Jahr nicht mehr beraten. Außenminister Bevin erklärte am Mittwoch im Unterhaus, es sei noch nicht der Grad der Sicherheit erreicht, um an die Einstellung der Demontagen in Deutschland zu denken. Im gleichen Atemzug erklärte Bevin, wegen der negativen Handelsbilanz könne man von Japan keine Reparationen mehr verlangen, da es sonst nicht wieder seinen alten Platz in der Weltwirtschaft erreichen könne. Kalte schwer für uns Deutsche, dies alles zu verstehen.

Benzinsteuern

Aber es gibt auch deutsche Vorhaben, die schwer zu verstehen sind, nämlich die Absicht der Bundesregierung, eine Benzinsteuern einzuführen. Die Bundesbahn soll monatlich 24,3 Mill. DM an die Bundesstaaten abgeben. Seit dem Frühjahr de. Ja, tut sie das nicht mehr, weil sie nicht mehr kann. Jetzt will die Bundesregierung 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen; sie will sich für die ausgefallenen Einnahmen andere verschaffen und der Bundesbahn die Frode machen, ihrem Konkurrenz das Leben noch mehr zu erschweren. Durch die

beabsichtigte Steuer würde sich der Benzinpreis um 10 bis 20 Pfg. je Liter (der Dieselmotorkraftstoff um 4 Pfg. je kg) erhöhen, und das gäbe eine Mehrerlöse von etwa 11 Mill. DM monatlich. Es ist wohl richtig, daß der Benzinpreis mit 40 Pfg. lange Jahre unverändert

In dieser Nummer

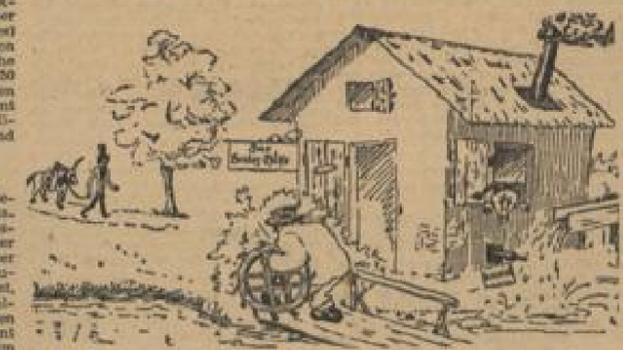
- Die Preise in der Ofenindustrie
- USA-Kapital in Frankreich unerwünscht
- Werden die USA doch Goldpreis erhöhen?
- Internationale Petroleumwirtschaft und USA
- Schwedens Dollarkrise strukturbedingt

war und gegenüber der Vorkriegszeit nicht gestiegen ist, aber es war schon damals viel zu hoch und wurde im Zuge der Autarkiepolitik hoch gehalten. Man verzeihe nicht, daß die Ausleihersteuer auf Mineralölle durchschnittlich 4 bis 5 Mill. DM im Monat (im August 1949 genau 5,3 Mill. DM) einbringt! Erhöht man den Benzinpreis, dann ist der Lastwagen in seiner Rentabilität sehr geschwächt — und wie schwer die Lastwagenindustrie bereits jetzt schon zu kämpfen hat, geht aus den in der vorigen Nummer erwähnten Entlassungen in Garmisch hervor.

Händlerumsätze steigen

Nun, wir wollen diese Wochenbetrachtung nicht so beenden, daß die Leser einen schlechten Geschmack behalten. Die Umsätze des Groß- und Einzelhandels, die bereits im Monat August eine geringe Steigerung erfahren hatten, erhöhten sich weiter, wenn auch nur leicht. Im Verlauf des Monats September in Württemberg-Baden haben sich die Umsätze des Einzelhandels im September um rund 20% erhöht, in Bekleidungs- und Möbelgeschäften sogar durchschnittlich um 50%. Bei der Bundesbahn nahm der Exportgüterverkehr im September erheblich zu, insbesondere war der Versand von Industriegütern sehr gut. Die arbeitsmäßige Wagenleistung lag mit 9% höher als im August. Auch im Stückgüterverkehr ist der Wagenverkehr weiter angestiegen. Der Neuzugang bei den Lebensversicherungen beträgt im August rund 200 000 Versicherungsverträge über 235 Mill. DM.

Das erste Land, das heute eine höhere industrielle Produktion als 1936 hat, ist Württemberg-Baden: Im Monat September stieg der Umfang der industriellen Produktion um 9% auf 101,4 (1936 = 100). In der Kohleförderung wurde der höchste Stand der Nachkriegszeit erreicht.



Aus einem kühlen Grunde ...

Westdeutschlands Außenhandel nach der Abwertung

Die Währungsabwertungen haben das weltwirtschaftliche Ziel, das Dollarproblem zu lösen und damit den erstarren internationalen Warenverkehr und Zahlungsverkehr wieder schrittweise aufzulockern. Die Verhandlungen über die Festsetzung des DM-Umrechnungskurses haben jedoch gezeigt, daß die Zeit noch nicht überwandelt ist, in der ein nationaler Ekelasmus die Devaluation zugleich als Waffe im Konkurrenzkampf zu gebrauchen versucht. Die Handelspolitik der Abwertungsländer wird letztlich darüber entscheiden, ob die Währungsabwertung den Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch eine Befreiung des Welthandels und des zwischenstaatlichen Zahlungs- und Kapitalverkehrs von seinen in den letzten zwanzig Jahren immer enger werdenden Fesseln erreichen wird. Würde man es bei den Abwertungen bewenden lassen und nicht eine voll- und handelspolitische Umkehr einleiten, so wäre allein eine Verhärtung der Konkurrenz und als Folge dieser die Errichtung neuer Handelsbarrieren die Konsequenz Abwertungs- u. Nichtabwertungslander sehen sich in diesen Tagen vor eine neue Situation gestellt. Westdeutschland hat dabei die auf ihm liegenden besonderen Hypothesen der Krisenverläufe, der Unfreiheit, der Demontagen, der territorialen Verstärkung und der Zentrennung in Rechnung zu stellen. Seine Ausgangslage ist außerordentlich ungünstig, weil die D-Mark-Devaluation den anderen Abwertungsländern im Wettbewerb um die Ausfuhrleistung einen beträchtlichen Vorsprung gelassen hat. Es sieht sich vor die kategorische Forderung gestellt, sein gesamtes Außenhandelswesen einer scharfen Überprüfung zu unterziehen.

Einfuhr-Verlagerung?

Die Verlagerung der Einfuhr auf den Dollarblock bedeutet zunächst eine Umschichtung auf Abwertungsländer vorzunehmen. Diesem „switch“, wie es die Engländer nennen, stehen jedoch zwei Hindernisse im Wege. Unsere starke Einfuhrabhängigkeit dokumentiert sich darin, daß wir im Wege der Auslandshilfe Lebensmittel und Rohstoffe vorwiegend aus dem Dollarraum erhalten. Sie werden uns in Dollar kreditiert. Eine Verlagerung wenigstens eines Teiles dieser Einfuhren würde bedingen, daß uns die ERP- und GARIOA-Mittel in Dollar zum Einkauf in anderen Ländern als den USA zur Verfügung stehen müßten. Davon jedoch kann gegenwärtig nicht die Rede sein. In der

Tatsache, daß dies unmöglich ist, liegt die Krise des Marshall-Plans begründet. Bekanntlich ist in das starre ERP-Rythem im zweiten Marshall-Plan-Jahr nur insoweit eine gewisse Elastizität hineingetragen worden, als die Zahlungsrechte zu einem Viertel multilateral verwendet werden können. Westdeutschland hat im ersten Halbjahr 1949 im Handelsverkehr mit den USA einen Einfuhrüberschuß von 379 Millionen Dollar gehabt. Hierin wird sich bald durch die Bindung der Auslandshilfe an die Bezüge aus den USA nicht viel ändern lassen. Aber es hat sich darüber hinaus bisher auch gezeigt, daß bei der erwarteten Annäherung der Dollar- und der Pfundpreise auf den Weltmärkten die Auftriebskräfte auf der Pfundseite stärker waren als die Preisabtriebskräfte auf der Dollarsseite, was wiederum bedeutet, daß eine Verlagerung der Einfuhr in die Abwertungsländer nur ein geringes Erfolg bescheiden sein kann. Der Importverzögerung im vollen Umfang der D-Mark-Abwertung gegenüber dem Dollar wirken im übrigen folgende Faktoren entgegen:

1. Die Preisnennungsänderungen im Dollarraum.
2. Hohe Ertragskräfte und steigende Erzeugungsspitzen.
3. Die Verschärfung des Wettbewerbs.
4. Die Abschneidung der Weizenimporte zum Exportpreis statt zum deutschen Inlandspreis nach Beitritt Westdeutschlands zum Weltweizenabkommen oder mindestens durch Übertragung der Vorteile dieser Konvention auch auf die deutschen Weizenimporte.

Einem teilweisen Ausgleich der Verzögerungen werden die Verbilligungen der Importe aus Nicht-Abwertungsländern dienen, die stärker als Westdeutschland abgewertet haben. Die Wirkungen der dann noch zur Geltung kommenden Importpreiserhöhungen auf die Selbstkosten der Industrie werden ganz verschieden sein je nach der Höhe des Anteils, den der Rohstoffaufwand an den Erzeugungskosten des betreffenden Industriezweiges ausmacht. Je höher dieser ist, desto geringer die von der verteuerten Einfuhr ausgehenden Produktionskostensteigerungen. Von entscheidender Bedeutung wird sein, ob die Lohnkosten gehalten werden kann, was nur möglich ist, wenn die Einfuhren der Vertüuerung der Lebensmittelpreise auf den Lebensstandard aufgefangen werden, was die Bundesregierung grundsätzlich glaubt erreichen zu können.

Die Zusammensetzung der westdeutschen Einfuhren und das Einfuhrverfahren bedürfen in diesem Augenblick ebenfalls einer Überholung. Da die Einfuhr im Gegensatz zur Ausfuhr noch einer relativ strengen Planung unterliegt, entsteht die Frage, ob nicht der Wiederanstieg der Industrie, die Ausfuhr ein größeres Gewicht bekommen ist, als der Vervollständigung des Angebotes von Konsumgütern, die nicht lebensnotwendig sind. Der überstürzte Erzeugnisantritt bedarf dringend der Erneuerung. Das Jahr 1952 ist nicht mehr weit und Westdeutschland würde in einer hoffnungslosen Lage sein, wenn es nicht mit einer modernen Ausrüstung dem den Ausgleich seiner Zahlungs- und Handelsbilanz zu erreichen vermag. Es wird bei Handelsvertragsverhandlungen des nächsten Geschäftsjahres, die Klippe der nun essential goods zu umschiffen, die auch Deutschlands Partner von ihm nur dann nehmen wollen, wenn es bereit ist, die nicht lebensnotwendigen Güter von ihnen abzunehmen. Die Kritik des Auslandes am Schichten der deutschen Versorgung hat eine gewisse, wenn auch nicht allein von deutscher Seite zu besitzende Berechtigung. Der westdeutsche Lebensstandard ist gegenüber mit dem gemessenen Geldes aber soll man eine produktive Zukunft bauen.

Man wird hoffen dürfen, daß nach die Zeit vorüber ist, in der die JETI Einfuhrabschlüsse tätigte, die sich bei ihrer Effektivierung als Fehlspekulationen erwiesen. Hierin hat das Westdeutschland handelspolitisch sehr behutsame Einfuhrverfahren für gewisse Güter, in Kraft bis Ende des Jahres, seine Ursache. Verfügte Lumpen voller Ungeziefer dürfen nicht wieder mit harten Dollars bezahlt werden. Das Einfuhrverfahren bedarf unter dem Gesichtspunkt der Erschließung der billigen Einkaufsmöglichkeiten einer neuen Betrachtung. Es ist bereits ein großer Fortschritt gewesen, daß nach vor dem ersten liberalisierten Handelsvertrag mit der Schweiz der gemischte Einfuhr-Ausschuß dazu übergegangen ist, Devisenbeträge für ein bestimmtes Produkt in Höhe eines Viertels der Summe aller einschlägigen Handelsvertragspositionen auszusprechen. Diese Maßnahme bedutete, daß ein im Ansehn besonders günstig liegendes Land auf Grund einer solchen Ausschreibung bis zu einem handelsvertraglich festgelegten Jahreskontingent zum Zuge kommen konnte. Gegen diese Art der Ausschreibung von Globalkontingenten für

alle Länder hat sich nur Frankreich gewendet, weil es durch dieses verdrängte Wettbewerbsverfahren die Inanspruchnahme seiner Vierteljahresquote für den Export nach Westdeutschland gefährdet sieht. Die Hoffnungen, die man auf das vollzentralisierte Einfuhrverfahren gesetzt hat, haben sich bisher nicht erfüllt, der deutsche Bedarf auf vielen Gebieten ist eben so groß, daß Überziehungen in höherem Maße eintreten müssen. Im allgemeinen könnten in der letzten Zeit stets nur etwa 4% der Devisenanträge genehmigt werden. Die geringe Aussicht, überhaupt bei einer Zuteilung in betriebsmäßigem Umfang zum Zuge zu kommen, hat zu Konzentrationen in großem Umfang geführt. Hier sind gegenüber den Fachstellenverfahren für Güter mit sehr hohem Inlandsbedarf wäre der letzte Ausweg aus dieser Verfahrenskrise.

Stagnierender Export

Für den westdeutschen Export wirkt zunächst verschärfend, daß die deutsche Abwertung mit den Devisenlücken, wahlweise Konkurrenz nicht Schritt gehalten hat. Allein bei einem Kurs von 19 Cents wären die Aussichten auf Wahrung des Standes vor der Abwertung günstig gewesen. Diese zusätzliche Belastung trifft Westdeutschland jetzt besonders hart, wo seine Auslandshilfe radikal gekürzt wurde und dies eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr erforderlich macht. In den letzten Monaten hatte der deutsche Export stagniert, vor allem die vor dem nordamerikanischen Markt stehende Barriere hat wieder Europa in seiner Gesamtheit nach Westdeutschland im einzelnen zu überlegen vermocht. Während die Marshall-Plan-Länder noch 1949 rd. ein Viertel dessen nach den USA exportierten, was sie von dort einführen, sind es heute nur noch 17%. Westdeutschland hat im Durchschnitt bisher nur etwa 28% seiner Ausfuhr nach den USA in der Vorkriegszeit erreicht. Die Abwertung wird nicht den Vorsprung wettmachen können, den die nordamerikanische Produktion bei der Vertüuerung des eigenen Binnenmarktes auf Grund ihres hohen Wirtschaftlichkeitsgrades besitzt. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß von den Erfolgen des Druckes auf die Produktionskosten der Exportindustrie allein nicht die Wiederherstellung oder Verbesserung der Wettbewerbslage erwartet werden kann. Die Rationalisierung ist noch immer ein langfristiger Prozeß gewesen, besonders in einem kapitalarmen Lande. Die so notwendige Exportoffensive muß unterstützt

werden von einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen. Von der Steuerreform, dem Aufbau eigener amtlicher und privater Vertretungen im Ausland, der Befreiung des Geschäftseisenverkehrs ins Ausland von Beschränkungen, der Unterstützung der Bestrebungen zum Aufbaueines umfassenden Informationsdienstes und von der Förderung der Exportwirtschaft durch Beteiligung an der Statistik der Gegenwertigkeit in der Höhe ihrer durch die Abwertung erzielten Zunahme.

USA müssen Zollmauern schleifen

Die Entwicklung der deutschen Exportwirtschaft ist schließlich abhängig von Verhalten der Abnahmelande. Die Zollpolitik ist in einer Revision begriffen. Die Augen sind dabei auf die USA gerichtet, deren Zollmauern geschleift werden müssen und deren bester Schutz recht eigentlich ihre günstige Kassensituation ist. Die Weltwirtschaft wird solange verdrängt bleiben, als sich nicht die Einsicht in die Praxis umzusetzen vermag, daß Schutzmaßnahmen am Ende immer nur ihre Verpflichtungen durch Ausführen in die Gültigkeitsländer erfüllen können. Die Nichtberücksichtigung dieser Binsenwahrheit hat schon einmal in den vorigen Jahren die Welt in eine Katastrophe gestürzt, die ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die politischen Entwicklungen der Folgezeit trägt. Man spricht heute von einer Wende der Handelspolitik in der westlichen Hemisphäre schiedlich. Noch ist es verfrüht, über die in den westdeutschen Handelsverträgen mit der Schweiz, Holland, Norwegen und Österreich eingeleitete bilaterale Liberalisierung ein Urteil zu fällen. Die Notwendigkeit, bei Überziehungen zu reparieren, hebt den Vorteil der freieren Gestaltung wieder auf. Die klaffende Spalte zwischen Bedarf und Devisenbestand, zwischen Einfuhrerträgen und Devisenverpflichtungen ist für das Funktionieren dieser Abkommen eine Gefahr. In diesen Verträgen steckt die Tendenz zu einem Warenmarkt im Verhältnis 1:1, weil von einem Partner nicht mehr Importleistungen gesehen werden, als er von seinen Produkten bei dem anderen unterbringen kann. Sie bedeuten also Verlust seiner Aktivposten, die Westdeutschland im Verkehr mit einem Lande wie der Schweiz gehabt hat.

Nur wenig Kursverlust-Härtefälle

Hamburger Exporteure haben bisher nur verhältnismäßig wenige Fälle größerer durch die Pfundabwertung hervorgerufener Kursverluste für einen möglichen Ausgleich als „Härtefälle“ angemeldet, wie auf einer Pressekonferenz der Behörde für Wirtschaft und Verkehr mitgeteilt wurde. Von diesen angemeldeten Fällen dürfte sich nach Auffassung des Außenhandelskontors nur etwa die Hälfte als wirkliche Härtefälle erweisen, die für das betroffene Unternehmen nur eine schwerwiegende Belastung darstellen würden.

Keine unnötigen Dollarpreis-senkungen

Die günstige Lage der Solinger Schneidwarenindustrie auf den Exportmärkten der Dollarzone hat dazu geführt, daß manche Firmen ihre Dollarpreise wesentlich senkern haben. Der Außenhandelsausschuß der Industrie- und Handelskammer Solingen stellt dazu fest, daß es nur darum gehen im Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben, und daß man daher unnötige Preisabsenkungen in Dollarländern vermeiden sollte.

Freie Devisenspitzen!

Fallen über die freien Devisenspitzen für die Bezahlung der Einfuhr aus anderen Ländern weg, so müßte diese Politik des Ausgleichs der Zahlungs- und Handelsbilanzen trotz allem zu einer Schrumpfung des Welthandels führen. Der Weg zur größeren Freiheit wird schrittweise wieder zurückzuführen müssen vom Abbau des genau spezifizier-

ten Kontingents- und Lizenzsystems zu mehr globalen Regelungen, von der Umgruppierung des gesamten devisenwirtschaftlichen Einfuhrvolumens bis zur Wiedererrichtung der Zolllisten in ihrer regulativen Bedeutung für den Warenverkehr. Was hätte die Förderung der Wiederherstellung einer freien Kooperationsfähigkeit der Währungs für einen Sinn, wenn nicht freie Verfaßung nach einer Spätere eine multilateralen Verwendung zugeführt werden sollen.

Nun, Opfer werden gebracht werden müssen. Dies gilt auch von der Liberalisierung auf der höheren Ebene, nämlich durch die Inkraftsetzung der sog. Freilisten. Einerseits würden sie nutzlos sein, wenn die Einfuhrbeschränkungen nur für Güter Deien, deren Import überhaupt nicht in Frage komme, weil sie das Land selbst erzeugt. Zum anderen aber bedarf eine Industrie wie die deutsche in ihrer heutigen Verfassung noch eines Schutzes. Es kann nicht übersehen werden, daß in der Welt moderne Kapazitäten in der Zeit aufgebaut wurden, in der der deutsche Produktionsapparat verachlässigt und zerschlagen wurde. Die dringend erforderliche Schonung darf nicht der Liberalisierung geopfert werden, soll nicht die westdeutsche Wirtschaft unter völlig ungleichen Startbedingungen einen Konkurrenzkampf auf Tod oder Leben beginnen müssen. Für sie steht in der Neuenrichtung der Welt handelspolitik mehr auf dem Spiele als für die Wirtschaft jedes anderen Landes.

Nur wenig Kursverlust-Härtefälle

Hamburger Exporteure haben bisher nur verhältnismäßig wenige Fälle größerer durch die Pfundabwertung hervorgerufener Kursverluste für einen möglichen Ausgleich als „Härtefälle“ angemeldet, wie auf einer Pressekonferenz der Behörde für Wirtschaft und Verkehr mitgeteilt wurde. Von diesen angemeldeten Fällen dürfte sich nach Auffassung des Außenhandelskontors nur etwa die Hälfte als wirkliche Härtefälle erweisen, die für das betroffene Unternehmen nur eine schwerwiegende Belastung darstellen würden.

Keine unnötigen Dollarpreis-senkungen

Die günstige Lage der Solinger Schneidwarenindustrie auf den Exportmärkten der Dollarzone hat dazu geführt, daß manche Firmen ihre Dollarpreise wesentlich senkern haben. Der Außenhandelsausschuß der Industrie- und Handelskammer Solingen stellt dazu fest, daß es nur darum gehen im Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben, und daß man daher unnötige Preisabsenkungen in Dollarländern vermeiden sollte.



Wichtig für ernsthafte Raucher!

Worauf kommt es an? Jeder ernsthafte Raucher weiß es:

1. auf die dauerwertige genießerische Entwicklung eines naturhaften Aroma-Erlebnisses.
2. auf die Gewinnung geistiger Spannkraft bei gleichzeitiger körperlicher Entspannung.
3. auf die Bekömmlichkeit.
4. auf eine anhaltende Behaglichkeit.

„Das ist die unbesieglige Weltweisheit des Orients!“

Kein anderes Genussmittel der Erde kann diesen glücklichen Zusammenklang darbieten, und nur die reine klassische Orientcigarette verschenkt ihren aufmerksamen Freunden diese kultivierte Bereicherung des Daseins.

Allerdings enthält die echte Orientcigarette ihren würdevollen Reiz nicht auf den ersten Versuch, und sie lehnt die gedankenlose Behandlungweise größerer Genussmittel ab. Erst nach einer gewissen Umgewöhnung wird die Weltweisheit des Orients verfügbar, der wir diese Tabakzucht verdanken.

Laferme
ORIENTCIGARETTEN
in Packungen
zu 6 Stück 0,75
zu 12 Stück 1,50

COMPAGNIE
Laferme
geg. 1882



USA-Kapital in Frankreich unerwünscht

Coca-Cola-Projekt und Pläne für Traktorenfabriken stoßen auf Widerstand

Die vor einigen Wochen in Washington von dem Generaldirektor für Wirtschaftsentwicklung am Quai d'Orsay, Hervé Alphand, eingeleiteten Verhandlungen über den Abschluß eines Handels- und Niederlassungsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich seit Kriegsende besteht kein derartiger Vertrag zwischen den beiden Staaten — sind in Paris wieder aufgenommen worden, nachdem die Frage der amerikanischen Investitionen in Frankreich in der amerikanischen Bundeskanzlei nicht gelöst werden konnte. Über den Beschluß der französischen Regierung vom 1. September 1949 hinausgehend, durch den amerikanische und Schweizer Kapitalisten die ausdrückliche Garantie erhielten, daß sie ihre in Frankreich investierten Kapitalien sowie die damit erzielten Gewinne in der Währung ihres Landes jederzeit transferieren können, verlangen die amerikanischen Unterhändler die vollständige Gleichstellung des in Frankreich investierten Kapitals mit französischem Kapital, d. h. völlige Investitionsfreiheit, eine Forderung, die die französische Regierung aus nationalwirtschaftlichen Gründen ablehnte. Die französische Regierung möchte sich eine Kontrolle über die nicht nur in der Metropole, sondern vor allem auch in den Überseegebieten zu investierenden ausländischen Kapitalien vorbehalten, um nicht nur der heimischen Industrie einen gewissen Schutz zu garantieren, sondern auch

um eine Überfremdung in den kapitalarmen und darum dem Fremdländischen und insbesondere amerikanischen Kapitalismus besonders leicht ausgesetzten Überseegebieten zu vermeiden. So schloß sich bisher die von 3 amerikanischen Großbanken unter Führung der Chase National Bank mit 8 französischen Banken (darunter Banque de l'Indochine, Banque de Paris et des Pays Bas, Bankhaus Worms) geführten Verhandlungen für die Bildung einer amerikanisch-französischen Studiengesellschaft zur Entwicklung der französischen Überseegebiete (Société d'Etudes franco-américaines pour le développement des territoires d'outre-mer) an der Forderung der französischen Regierung, einen Regierungsvertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entsenden zu können. Andererseits haben die zuständigen französischen Stellen trotz starkem amerikanischen Druckes bisher noch nicht ihre Zustimmung zur Verwirklichung gewisser amerikanischer Industriepläne in Frankreich (Coca-Cola- und Traktorenfabriken) gegeben, weil von den amerikanischen Investoren die nationalen Probleme gegen diese Projekte laut wurden.

Das besagt jedoch nicht, daß sich die Besetzung des 2. Weltkrieges nicht bereits amerikanisches Kapital in Frankreich investiert wurde. Die seit Kriegsende vorgenommenen Investitionen werden nach zuverlässigen französischen Angaben auf rund 10 Milliarden frs geschätzt (1 Dollar nach der Abwertung = 250 frs). Es handelt sich dabei überwiegend um Gesellschaften, die bereits vor dem Krieges aus oder zum großen Teil in amerikanischen Besitz waren. Z. B. die Petroleumgesellschaft, deren Kapitalaufnahme aus amerikanischer Hand seit Kriegsende auf rund 8 Mrd. frs geschätzt wird. In der Metall- und Elektroindustrie sind seit Kriegsende schätzungsweise 3 Mrd. frs investiert worden; der Rest von 2 Mrd. frs verteilt sich auf kleinere Gesellschaften, deren Aktienbesitzer sich amerikanischen Gesellschaften unter günstigen Bedingungen angeschlossen haben. Solche Investitionen stießen französischerseits nicht auf Schwierigkeiten, wohl aber wurden Bedenken laut, als amerikanische Großfirmen an die französische Regierung mit Projekten zur Herstellung ihrer eigenen Erzeugnisse in Frankreich oder in den Überseegebieten herantraten.

Eines dieser Großprojekte ist die Herstellung von Coca-Cola in Frankreich. Die amerikanische Firma beabsichtigt, in Marseille eine Fabrik zur Herstellung ihres Softdrink (Baukosten 300 Mill. frs) zu errichten, und zwei getrennt französisch-amerikanische Gesellschaften mit der Abfüllung der Flaschen und dem Vertrieb, eine in Marseille (Kapital 150 Mill. frs), die andere in Paris (Kapital 500 Mill. frs) zu errichten. Die Produktion von Coca-Cola soll so geregelt werden, daß nicht nur der französische Markt, sondern auch die angrenzenden Länder Schweiz, Spanien, Portugal, Nordafrika) damit

versorgt werden können, wo eigene Abfüllungs- und Vertriebsgesellschaften errichtet werden sollen. Hält die französische Regierung ihre Weigerung aufrecht, so daß die Fabrik in Marseille nicht errichtet werden kann, so muß damit gerechnet werden, daß die Amerikaner in Mailand bauen. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß hier der gesamte französische Weinhandel von Würsener bis zum Spitzentisch und Likörfabrikanten nicht, und daß dieser Widerstand nicht leicht zu überwinden sein wird.

Für den Bau von Traktoren liegen gleichzeitig drei amerikanische Großprojekte vor. Die bekannte amerikanische Traktorenfabrik International Harvester Co. will in Frankreich die Serienfabrikation Investitionsbetrag 2 Mrd. frs, 7000 Traktoren jährlich) ihres 20-PS-Traktors in einer in Saint-Dizier zu errichtenden Fabrik aufnehmen. Der Traktor würde in Konkurrenz mit dem etwas gleich starken Renault-Traktor stehen und vermutlich zu einem etwas niedrigeren Preis angeboten werden.

Ein anderes Projekt ventiliert die amerikanische Firma Allis Chalmers. Sie will sich zunächst damit begnügen, bei französischen Firmen einen Kleintraktor herstellen zu lassen, um vermutlich später, wenn die Verhältnisse günstiger liegen, die eigene Produktion aufnehmen zu können.

Hinter dem dritten Projekt steht eine kanadische Firma, die Massey Harris Co., die 1,5 Mrd. frs zum Bau einer Fabrik und dem Vertrieb eines Kleintraktors von 10 bis 11 PS investieren will. Die Firma soll darangehen, die amerikanische Firma Massey Harris Co. zu übernehmen. Auch diese Projekte stoßen auf den Widerstand der einheimischen Industrie, ein Widerstand, der gerade beim Traktorenbau angesichts der Anstrengungen, die nach Kriegsende mit Hilfe von Staatsgeldern seitens dieser Industrie gemacht wurden, verständlich ist. Es ist deshalb zweifelhaft, ob die französische Regierung trotz überzeugender amerikanischer Argumente in der Lage ist, nachzugeben. Sie muß auch mit der öffentlichen Meinung rechnen, die in den letzten Tagen überwiegend für die französische Industrie steht. Das wird sich voraussichtlich gleich zu Beginn der Parlamentssession Ende Oktober zeigen, eine

Englands Einfuhrüberschuß gesunken

Die vorläufigen Zahlen über den britischen Außenhandel im September, die der Präsident des Handelsamtes bekanntlich, seinen gegenüber dem Vormonat eine starke Senkung in der Einfuhrüberschusse im September ergeben sich folgende Zahlen: (in Mill. Pfund Sterling)

September 49	August 49	
Importe	181,2	200,0
Exporte	141,3	137,1
Wiederausfuhr	4,4	4,3
Einfuhrüberschuß	39,9	58,6

Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten erhöhte sich auf 4,1 Mill. Pfund Sterling gegenüber 3,3 Mill. im August. Der Export nach Kanada sank von 5,7 Millionen im August auf 5,3 Millionen im September.

Yorker Börsenmarkt, an dem Platina zu unverändert 60 bis 72 Dollar je Feinunze notiert, sondern lediglich eine Korrektur nach dem scharfen Anstiegen der Platinapreise kurz nach der Pfundabwertung um 8,5 Pfund Sterling je Unze. Eine andere führende Londoner Platinahandelsfirma verkauft bereits seit einigen Tagen zu 34 Pfund Sterling, so daß nun die Notierung für Platin wieder einseitig ist. Die Inlandsnachfrage ist in der letzten Zeit geringer geworden. Das überrascht, denn im allgemeinen pöbert das Kaufinteresse in dieser Jahreszeit wegen der herannahenden Weltwirtschaftstage stärker zu werden.

Unausgeglichenheit am Geldmarkt. Der bemerkenswerte Rückgang der Kurse der britischen Staatsanleihen an der Londoner Effektenbörse von 12,10, der für diese Papiere hat den Umfang eines Kursrückganges hatte, ist kennzeichnend für die Unrast am britischen Geld- und Kapitalmarkt, die in der ungelösten politischen Lage, zumal im Hinblick auf die inzwischen negativ einschneidende Frage: Werden Neuwahlen zum britischen Unterhaus bereits im Herbst dieses Jahres erfolgen, begründet ist. Der Sieg der sozialistischen Partei bei den letzten norwegischen Wahlen mag der britischen Labour-Party ein wenig das Rückgrat für den ihr selbst bevorstehenden Wahlsieg gestärkt haben. Im Hintergrunde des politischen Geschehens indessen liegen rein wirtschaftliche Faktoren. Sie können in wenigen Worten umrissen werden. Es sind dies in der Hauptsache während das alte Problem, das durch die Währungsabwertung nicht gelöst werden konnte, nämlich Sparfähigkeit und Investitionsmöglichkeit einander anzugehen. Dazu ist eine Politik teurer Geldes die Voraussetzung.

Zweitens sind Kräfte am Werke, die gegen die geschlossene und „weiche“ Wirtschaftspolitik Großbritanniens und des Sterlingblocks Sturm laufen. Die Schwäche der ganzen Situation wird durch den Kurseinbruch an der getriebenen Londoner Effektenbörse schlagartig bezeugt. Die Verluste in „Goldreserven“ kamen hauptsächlich aus dem Besitz von Institutionen und der Industrie. Für die „weiche“ Politik eine mildernde Anlage beschränken und die daher gerne von ihnen ins Portefeuille genommen werden.

Die Abwertung der belgischen Glasindustrie, die sich im vergangenen Jahr als Folge der stark nachlassenden Exporte verschlechtert hat, geht allmählich in Krisenrechnungen über. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser belgischen Wirtschaftskategorie gleichzeitig entsprechend gestiegen. Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Verband der belgischen Glasindustrie davor gewarnt, daß verschiedene Betriebe schließen müßten in Anbetracht der Unfähigkeit der Regierung, die traditionellen Auslandsmärkte für belgische Glaserezeugnisse offen zu halten. Während die belgischen Glasexporte im Jahre 1947 durchschnittlich 2,1 Mill. im monatlich betragen, sind sie im vergangenen Jahr auf 1,3 Mill. im monatlich und in der Zeit von Januar bis August 1949 auf nur noch 1 Mill. im monatlich zurückgegangen.

Herabsetzung des Platinauspreises in London

Eine führende Londoner Platinahandelsfirma hat ihren Verkaufspreis für Platin von 24 Pfund Sterling je Feinunze auf 24 Pfund Sterling herabgesetzt. Dieses Vorgehen sei, so verurteilt, nicht eine Folge der Entwicklung am New

Yorker Börsenmarkt, an dem Platina zu unverändert 60 bis 72 Dollar je Feinunze notiert, sondern lediglich eine Korrektur nach dem scharfen Anstiegen der Platinapreise kurz nach der Pfundabwertung um 8,5 Pfund Sterling je Unze. Eine andere führende Londoner Platinahandelsfirma verkauft bereits seit einigen Tagen zu 34 Pfund Sterling, so daß nun die Notierung für Platin wieder einseitig ist. Die Inlandsnachfrage ist in der letzten Zeit geringer geworden. Das überrascht, denn im allgemeinen pöbert das Kaufinteresse in dieser Jahreszeit wegen der herannahenden Weltwirtschaftstage stärker zu werden.

Unausgeglichenheit am Geldmarkt. Der bemerkenswerte Rückgang der Kurse der britischen Staatsanleihen an der Londoner Effektenbörse von 12,10, der für diese Papiere hat den Umfang eines Kursrückganges hatte, ist kennzeichnend für die Unrast am britischen Geld- und Kapitalmarkt, die in der ungelösten politischen Lage, zumal im Hinblick auf die inzwischen negativ einschneidende Frage: Werden Neuwahlen zum britischen Unterhaus bereits im Herbst dieses Jahres erfolgen, begründet ist. Der Sieg der sozialistischen Partei bei den letzten norwegischen Wahlen mag der britischen Labour-Party ein wenig das Rückgrat für den ihr selbst bevorstehenden Wahlsieg gestärkt haben. Im Hintergrunde des politischen Geschehens indessen liegen rein wirtschaftliche Faktoren. Sie können in wenigen Worten umrissen werden. Es sind dies in der Hauptsache während das alte Problem, das durch die Währungsabwertung nicht gelöst werden konnte, nämlich Sparfähigkeit und Investitionsmöglichkeit einander anzugehen. Dazu ist eine Politik teurer Geldes die Voraussetzung.

Zweitens sind Kräfte am Werke, die gegen die geschlossene und „weiche“ Wirtschaftspolitik Großbritanniens und des Sterlingblocks Sturm laufen. Die Schwäche der ganzen Situation wird durch den Kurseinbruch an der getriebenen Londoner Effektenbörse schlagartig bezeugt. Die Verluste in „Goldreserven“ kamen hauptsächlich aus dem Besitz von Institutionen und der Industrie. Für die „weiche“ Politik eine mildernde Anlage beschränken und die daher gerne von ihnen ins Portefeuille genommen werden.

Die Abwertung der belgischen Glasindustrie, die sich im vergangenen Jahr als Folge der stark nachlassenden Exporte verschlechtert hat, geht allmählich in Krisenrechnungen über. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser belgischen Wirtschaftskategorie gleichzeitig entsprechend gestiegen. Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Verband der belgischen Glasindustrie davor gewarnt, daß verschiedene Betriebe schließen müßten in Anbetracht der Unfähigkeit der Regierung, die traditionellen Auslandsmärkte für belgische Glaserezeugnisse offen zu halten. Während die belgischen Glasexporte im Jahre 1947 durchschnittlich 2,1 Mill. im monatlich betragen, sind sie im vergangenen Jahr auf 1,3 Mill. im monatlich und in der Zeit von Januar bis August 1949 auf nur noch 1 Mill. im monatlich zurückgegangen.

Werden die USA doch Goldpreis erhöhen?

Gold soll wieder Währungsmetall werden

Die Entwicklung nach der Abwertungswelle an den internationalen Geldmärkten scheint demnach zu zeigen, die behaupten, daß die Bemühungen des Internationalen Währungsfonds, den Goldpreis auf 35 Dollar je Feinunze zu halten, fehlschlagen sind, und daß die Südafrikanische Union, der größte Goldproduzent der Welt, ihr Ziel, den Goldpreis der Organisation von Bretton Woods zu erschüttern, erreicht hat. Es bahnt sich eine Entwicklung an, die die Theorie, das Gold habe seine Rolle als Währungsdeckung ausgeübt, Laage strafte. Es fehlt nicht an Stimmen, die eine Wiedereinstellung des Goldes in seine Funktionen als Wertespeicher fordern, und sich hiervon eine Gesundung der Weltwirtschaft versprechen. Eines ist sicher, nämlich, daß die Währungsabwertung so sehr sie begründet wurde, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten nicht hat lösen können. Die Nachfrage nach Gold an den freien Märkten hat nach der Währungsabwertung nicht nachgelassen, sondern sie hat sich verstärkt. Große internationale Finanzgruppen, hinter denen wohlbekannte Namen und bedeutende Vermögen stehen, kaufen den Vertriebs nach Gold in jeder Menge, deren sie habhaft werden können, zu 43 Dollar je Unze auf. Sie glauben — diese Ansicht mag falsch oder richtig sein, das sieht hier nicht zur Debatte — daß es nicht mehr lange dauern wird, bis der Goldpreis der USA erhöht werden muß.

Die Entwicklung nach der Abwertungswelle an den internationalen Geldmärkten scheint demnach zu zeigen, die behaupten, daß die Bemühungen des Internationalen Währungsfonds, den Goldpreis auf 35 Dollar je Feinunze zu halten, fehlschlagen sind, und daß die Südafrikanische Union, der größte Goldproduzent der Welt, ihr Ziel, den Goldpreis der Organisation von Bretton Woods zu erschüttern, erreicht hat. Es bahnt sich eine Entwicklung an, die die Theorie, das Gold habe seine Rolle als Währungsdeckung ausgeübt, Laage strafte. Es fehlt nicht an Stimmen, die eine Wiedereinstellung des Goldes in seine Funktionen als Wertespeicher fordern, und sich hiervon eine Gesundung der Weltwirtschaft versprechen. Eines ist sicher, nämlich, daß die Währungsabwertung so sehr sie begründet wurde, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten nicht hat lösen können. Die Nachfrage nach Gold an den freien Märkten hat nach der Währungsabwertung nicht nachgelassen, sondern sie hat sich verstärkt. Große internationale Finanzgruppen, hinter denen wohlbekannte Namen und bedeutende Vermögen stehen, kaufen den Vertriebs nach Gold in jeder Menge, deren sie habhaft werden können, zu 43 Dollar je Unze auf. Sie glauben — diese Ansicht mag falsch oder richtig sein, das sieht hier nicht zur Debatte — daß es nicht mehr lange dauern wird, bis der Goldpreis der USA erhöht werden muß.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der republikanische Abgeordnete John Traber am Freitag mitgeteilt, daß sich die amerikanische Regierung zur Zeit mit einem Plan zur Erhöhung des Goldpreises und der Abwertung des Dollars befaßt. Über die Quelle, aus der seine Information stammt, machte er keine näheren Angaben.

Die südafrikanische Bank hat mit Wirkung vom 13. Oktober ihren Diskontsatz von bisher 3 Prozent auf 3,5 Prozent p. a. erhöht.

Exportkrise in Belgiens Glasindustrie

Die Abwertung der belgischen Glasindustrie, die sich im vergangenen Jahr als Folge der stark nachlassenden Exporte verschlechtert hat, geht allmählich in Krisenrechnungen über. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser belgischen Wirtschaftskategorie gleichzeitig entsprechend gestiegen. Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Verband der belgischen Glasindustrie davor gewarnt, daß verschiedene Betriebe schließen müßten in Anbetracht der Unfähigkeit der Regierung, die traditionellen Auslandsmärkte für belgische Glaserezeugnisse offen zu halten. Während die belgischen Glasexporte im Jahre 1947 durchschnittlich 2,1 Mill. im monatlich betragen, sind sie im vergangenen Jahr auf 1,3 Mill. im monatlich und in der Zeit von Januar bis August 1949 auf nur noch 1 Mill. im monatlich zurückgegangen.

Diskontsatz der Bank von England unverändert

Entgegen den Erwartungen der Londoner City hat die Bank von England ihren Diskontsatz nicht geändert. Er bleibt auf 3 Prozent p. a. Die britische Finanzpresse und die Londoner Stockexchange hatten in den letzten Tagen die Möglichkeit einer Abänderung des Diskontsatzes lebhaft erörtert. Zum Teil war durch die Erwartung einer Erhöhung des Satzes der Rückgang der Kurse für britische Staatsanleihen ausgelöst worden.

Einfuhrbeschränkungen Italiens für britische Waren

Das italienische Außenhandelsministerium prüft gegenwärtig die Notwendigkeit einer Kürzung der sogenannten „Liste S“, einer Liste von Waren, die bisher ohne ministerielle Einfuhrbeschränkungen aus Großbritannien eingeführt werden konnten. Bis zur Pfundabwertung konnte sich diese Freiliste kaum wesentlich auswirken, weil der hohe Punktsatz auf die meisten Waren einführer prohibitiv wirkte, wodurch der italienische Aktivsaldo in Großbritannien immer größer wurde. Nach der Pfundabwertung sehen sich zahlreiche italienische Wirtschaftskreise durch die Einfuhren aus Großbritannien bedroht, und üben einen starken Druck auf das Ministerium aus, der nicht ohne Erfolg bleiben dürfte, obwohl die offizielle Tendenz in Italien in Richtung auf „Liberalisierung“ des Außenhandels geht.

Belgische Schanzanlage

Am 12. Oktober begann die Zeichnung der 41sten belgischen Schanzanlage. Sie ist rückzahlbar zum Nennwert plus 3 1/2 % am 13. April 1950. Die Anleihe im Nennwert von je 1000 frs werden zu 985 frs je Anteil aufgelegt. Die Schanzanlage ist steuerfrei.

Belgische Stahlpreiserhöhung

Die belgischen Stahlpreise wurden für Holland um 12,5 Prozent auf 3,950 frs und für Dänemark, Finnland und Norwegen ebenfalls um 12,5 Prozent herabgesetzt.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

Text der französischen Einfuhrliste für die OEEC

Die französische Befreiung von der Einfuhrkontingentierung gegenüber den Marshallplanländern gemäß einer der OEEC einseitigen Liste wird nur für Frankreich selbst, nicht für die französischen Überseeischen Besitzungen gelten. Die Liste enthält: ohne Lebensmittel und Rohstoffe 180 Positionen.

Erhöhter Einfuhrüberschuß

Der französische Außenhandel zeigt für September folgendes Bild (Werte in Milliarden frs):

August	Einfuhr	Ausfuhr
	81,63	37,10
September	74,00	38,70

Der Einfuhrüberschuß Frankreichs hat sich somit im September auf 15,30 Milliarden frs erhöht, während er im August 44 Milliarden frs betrug.

Indizes im September

Die französischen Indizes des Monats September zeigen folgendes Bild (1938 = 100): Gesamtindex für Großhandelspreise von Rohstoffen 2080 (August 2087); Halbfertigfabrikate 2077 (2089); Index der gesamten Großhandelspreise 1950 (September) und Gesamtindex der Einzelhandelspreise 1826 (1932).

Schweiz senkt Uhrenexportpreise

Die künftigen Aussichten für die Schweizer Uhrenindustrie werden in Kreisen der Schweizer Uhrenindustrie optimistisch beurteilt. Die Uhrenfabrikanten erwarten, daß die zahlreichen Währungsabwertungen im vergangenen Monat bei dem meisten der betroffenen Ländern zu einem Abbau der Einfuhrkontrollen führen werden, so daß für die Ausfuhr von Schweizer Uhren bessere Chancen gegeben seien. Die Schweizer Uhrenindustrie will deshalb die vorgesehene Erhöhung der Preise nicht wirksam werden lassen und plant, in Anpassung an die gegebene günstige Lage Preisgestaltungen zu machen. Die Preise werden um durchschnittlich 10 bis 20% herabgesetzt. In die Preisänderungen werden sich sowohl die Schweizer Fabrikanten durch eine Herabsetzung der Gewinnspanne als auch die ausländischen Wiederverkäufer teilen. Der Umfang der Preisermäßigung wird sich nach der Wettbewerbssituation in den verschiedenen Auslandsmärkten richten. In den ersten 6 Monaten hatte die Schweizer Uhrenindustrie einen Wert von 433,3 Mill. frs, gegenüber 490,3 Mill. frs in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Keine Abwertung des Yen

Es sei nicht beabsichtigt, den japanischen Yen abzuwerten, teilte das alliierte Oberkommando im Pazifik (SCAP) mit. Ein Sprecher von SCAP brachte zum Ausdruck, daß man die Frage der Abwertung des Yen eingehend untersucht habe und daß sich eine solche Notwendigkeit ergeben habe, die Yen-Dollar-Parität zu ändern. Der Finanzberater von SCAP erklärte, daß diese amtliche Verlautbarung dazu beitragen werde, die Ungewißheit und Unsicherheit, unter der der japanische Außenhandel seit der Pfund-Sterling-Abwertung leide, zu beseitigen. Japan werde mit seinen geschäftlichen Beziehungen mit den Auslandsmärkten wieder in vollem Umfang aufnehmen können. Die Anpassung einiger Ausfuhrpreise in bestimmten Warengruppen, die über den Weltmarktpreis liegen, würde durch marktreisende Maßnahmen erreicht werden.

Brasilien wertet nicht ab

Brasilien wertet, wie wir in der vorigen Ausgabe bereits vermeldeten, den Cruzeiro nicht ab. Ein Sprecher von SCAP brachte zum Ausdruck, daß man die Frage der Abwertung des Yen eingehend untersucht habe und daß sich eine solche Notwendigkeit ergeben habe, die Yen-Dollar-Parität zu ändern. Der Finanzberater von SCAP erklärte, daß diese amtliche Verlautbarung dazu beitragen werde, die Ungewißheit und Unsicherheit, unter der der japanische Außenhandel seit der Pfund-Sterling-Abwertung leide, zu beseitigen. Japan werde mit seinen geschäftlichen Beziehungen mit den Auslandsmärkten wieder in vollem Umfang aufnehmen können. Die Anpassung einiger Ausfuhrpreise in bestimmten Warengruppen, die über den Weltmarktpreis liegen, würde durch marktreisende Maßnahmen erreicht werden.

Exportkrise in Belgiens Glasindustrie

Die Abwertung der belgischen Glasindustrie, die sich im vergangenen Jahr als Folge der stark nachlassenden Exporte verschlechtert hat, geht allmählich in Krisenrechnungen über. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser belgischen Wirtschaftskategorie gleichzeitig entsprechend gestiegen. Bereits zu Beginn des Jahres hatte der Verband der belgischen Glasindustrie davor gewarnt, daß verschiedene Betriebe schließen müßten in Anbetracht der Unfähigkeit der Regierung, die traditionellen Auslandsmärkte für belgische Glaserezeugnisse offen zu halten. Während die belgischen Glasexporte im Jahre 1947 durchschnittlich 2,1 Mill. im monatlich betragen, sind sie im vergangenen Jahr auf 1,3 Mill. im monatlich und in der Zeit von Januar bis August 1949 auf nur noch 1 Mill. im monatlich zurückgegangen.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

Schwedens Dollarkrise strukturbedingt

Zellulose-Exporte Schwedens in die USA erheblich zurückgegangen, weil die US-Zellulose-Industrie den Rohstoff Holz billiger hat und ihre Kapazität stark ausweitet

Schwedens Export nach den USA ist dem allen anderen voranstehenden Dollarkrisis weit vor einer einseitigen Zusammensetzung auf. Die dominierenden Waren sind Zellulose und Papier. Im Durchschnitt für Jahre 1936/39 stellten 70% der gesamten Ausfuhr auf diese beiden Erzeugnisse, einschließlich anderer Produkte der Holz-

	1936/39	1947	1948	1949
Holzverarbeitungsprodukte	370,0	351,0	300,0	229,0
davon Zellulose	30,0	134,0	430,0	100,0
Stahl und Eisen	30,0	21,0	2,0	12,0
Kleinfabrik	70,0	5,8	830,0	17,0
Maschinenbau	4,1	4,1	4,3	3,4
Sonstige Waren	8,1	8,1	32,0	14,0
Gesamter Export	191,0	267,0	293,0	293,0

verarbeitungsindustrie sind es sogar 80%. Von dem verbleibenden Restfall kam ungefähr die Hälfte auf Stahl und Eisen, während die übrigen Erzeugnisse wie Eisenwaren, Maschinen usw. nur untergeordnete Bedeutung hatten. Über die Verteilung der schwedischen Ausfuhr nach den USA unterrichtet folgendes Tabelle:

Die schwedische Zelluloseexportverteilung ist im September um 230.000 t gegenüber 135.000 t im August gesunken. Allein 40.000 t gingen nach den USA. Geblähtes Sulfit ist praktisch unverkauft, auch in ungebleichtem Sulfit, gebleichtem Sulfit, sowie ungebleichtem Kraftpapier hat sich die Absatzlage wesentlich gebessert.

Anfang Oktober wurden von den USA Zellulose-Einkäufe in Schweden zur Lieferung in der laufenden Saison in Höhe von 100.000 t getätigt. Außerdem wurden geringere Mengen an Viskose eingekauft. Die schwedischen Exporteure haben bei den letzten Verkäufen in den USA amerikanische Märkte im Auge. Die Preise für abgewerkte Erzeugnisse sind im Vergleich mit den amerikanischen Zelluloseerzeugnissen schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Import aus dieser erhöhte sich auf 27 Mill. \$K, gegen nur 10,2 Mill. \$K im Juli vorigen Jahres, der Export auf 32,2 Mill. \$K, gegen 10,8 Mill. \$K. Hiernach ergibt sich für die bisherigen Monate dieses Jahres die folgende Entwicklung:

Schweden		Aufenthalts mit Deutschland	
	(Mill. \$K)	Einfuhr	Ausfuhr
Sowjet. Zone	40,8	14,4	0,4
Britisch-amerikanische Zone	49,2	10,8	14,1
Franko. Zone	3,3	2,9	10,8
Nichtspezialisiert	2,1	0,6	—

Mengenmäßig hat der schwedische Zelluloseexport nach den USA in der Nachkriegszeit die Vorkriegsniveaus nicht wieder erreicht; die erfolgreiche Wertsteigerung ist ausschließlich eine Folge der höheren Preise. Die Lieferungen von Zellulose hielten sich im geringsten Nachkriegsjahr 1947 bei 300.000 t gegenüber 100.000 t im Durchschnitt des letzten Vorkriegsjahrs. 1948 sank die Menge auf 300.000 t, in den ersten acht Monaten 1949 sind bisher nur 100.000 t Zellulose nach USA verschifft worden, so daß auch die Vorjahresmenge nicht einmal mehr erreicht werden wird. Mit Ausnahme von Eisen ist in den letzten Jahren auch der Export aller anderen Erzeugnisse nach den USA zurückgegangen. Eine Veränderung ist in diesem Jahr nur insofern eingetreten, als von der Gesamtausfuhr von 28 Mill. \$K im Januar—August 1949 auf Holzverarbeitungsprodukte 48 Mill. \$K entfielen, so daß sich der Anteil dieser Gruppe sich relativ wieder erhöht hat.

Die schwedischen Zelluloseexportverkäufe sind im September um 230.000 t gegenüber 135.000 t im August gesunken. Allein 40.000 t gingen nach den USA. Geblähtes Sulfit ist praktisch unverkauft, auch in ungebleichtem Sulfit, gebleichtem Sulfit, sowie ungebleichtem Kraftpapier hat sich die Absatzlage wesentlich gebessert.

Anfang Oktober wurden von den USA Zellulose-Einkäufe in Schweden zur Lieferung in der laufenden Saison in Höhe von 100.000 t getätigt. Außerdem wurden geringere Mengen an Viskose eingekauft. Die schwedischen Exporteure haben bei den letzten Verkäufen in den USA amerikanische Märkte im Auge. Die Preise für abgewerkte Erzeugnisse sind im Vergleich mit den amerikanischen Zelluloseerzeugnissen schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die schwedische Zelluloseexportverteilung ist im September um 230.000 t gegenüber 135.000 t im August gesunken. Allein 40.000 t gingen nach den USA. Geblähtes Sulfit ist praktisch unverkauft, auch in ungebleichtem Sulfit, gebleichtem Sulfit, sowie ungebleichtem Kraftpapier hat sich die Absatzlage wesentlich gebessert.

Anfang Oktober wurden von den USA Zellulose-Einkäufe in Schweden zur Lieferung in der laufenden Saison in Höhe von 100.000 t getätigt. Außerdem wurden geringere Mengen an Viskose eingekauft. Die schwedischen Exporteure haben bei den letzten Verkäufen in den USA amerikanische Märkte im Auge. Die Preise für abgewerkte Erzeugnisse sind im Vergleich mit den amerikanischen Zelluloseerzeugnissen schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die schwedische Zelluloseexportverteilung ist im September um 230.000 t gegenüber 135.000 t im August gesunken. Allein 40.000 t gingen nach den USA. Geblähtes Sulfit ist praktisch unverkauft, auch in ungebleichtem Sulfit, gebleichtem Sulfit, sowie ungebleichtem Kraftpapier hat sich die Absatzlage wesentlich gebessert.

Anfang Oktober wurden von den USA Zellulose-Einkäufe in Schweden zur Lieferung in der laufenden Saison in Höhe von 100.000 t getätigt. Außerdem wurden geringere Mengen an Viskose eingekauft. Die schwedischen Exporteure haben bei den letzten Verkäufen in den USA amerikanische Märkte im Auge. Die Preise für abgewerkte Erzeugnisse sind im Vergleich mit den amerikanischen Zelluloseerzeugnissen schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Die Gründe für den starken Rückgang der schwedischen Ausfuhr von Holzverarbeitungsprodukten liegen einmal darin, daß die schwedische Krise seit der Aufwertung am 13. Juli 1948 im Verhältnis zum Dollar überbewertet gewesen ist. Sodann ist inzwischen die Kapazität der amerikanischen Zelluloseindustrie schon seit dem letzten Vorkriegsjahre, bedauernd vergrößert worden. In Fachkreisen wird es als zweifelhaft angesehen, ob die USA noch einen ungedeckten Bedarf an Zellulose haben werden. Nach den Schätzungen der FAO-Konferenz im Frühjahr im Hinblick auf die Preisentwicklung für abgewerkte Erzeugnisse im nächsten Jahre auf 300.000 t und im nächsten auf 500.000 t bedäufte. Wenn man berücksichtigt, daß an der Deckung dieses Bedarfs Finnland, Norwegen und Schweden beteiligt sind, dann ergibt sich, daß der Anteil des amerikanischen Landes verhältnismäßig klein bleibt.

Wohl kann verhindert werden, daß sich der Haarwuchs durch die Wirkung von AUXOL vermindert. In der ganzen Welt (mit Ausnahme der Tropen) ist die Sojapflanze nicht einbeigebildet. In den Jahren 1901 bis 1948 sind im Jahre 1901 16,1 Mill. t Zucker und zwar 4,2 Mill. t Rohzucker und 1,9 Mill. t Rübenzucker produziert worden. Im Jahre 1928 war die Weltzuckererzeugung nahezu auf das Dreifache, auf 37,3 Mill. t gestiegen. 1939 lag sie bei 26,1 Mill. t. Das Verhältnis des Anbaus von Rohr- und Rübenzucker hatte sich indessen zum Nutzen des Rohrzuckers geändert. 1929 sind 15,5 Mill. t Rohzucker und 11,3 Mill. t Rübenzucker (1939: 17,7 bzw. 10,9 Mill. t) erzeugt worden.

Der erste Weltkrieg brachte in Europa einen starken Rückgang in der Zuckerproduktion; sie fiel während der Kriegsjahre nahezu auf die Hälfte. Von 7,8 Mill. t auf 4,0 Mill. t Rübenzucker. Der Rückgang ist bald nach dem Krieg wieder ausgeglichen worden, so daß die Produktionsmengen in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen in Europa zwischen 5 und 7 Mill. t im Jahr schwankten. Rußland, das sich bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Hauptproduktionsgebiet für Zucker entwickelt hatte, brachte es damals bereits auf 1,8 Mill. t Jahreserzeugung. 1921 war die Erzeugung in der Sowjetunion auf 50.000 t zurückgegangen. Erholte sich aber bis 1927 auf 1,3 Mill. t und überstieg 1937 mit 2,4 Mill. t erheblich die Vorkriegserzeugung.

In Nordamerika war die Zuckerproduktion bis zum Jahre 1924 in stetigem Steigen; sie lag von 1,4 Mill. t im Jahr 1901 bis auf 7,6 Mill. t im Jahr 1924 hinaufgegangen. Dann trat für etwa 3 Jahrzehnte eine Stagnation ein. Anbau ein, die erst 1945 überwunden wurde. 1947 ist mit einer Produktion von 10,9 Mill. t Zucker das Jahr der bisher größten Ausbeute an Zucker.

Auch Asien ist neuerdings stärker mit der Zuckererzeugung in Erscheinung getreten. Im Jahre 1901 belief sich die Erzeugung in Asien auf 3,3 Mill. t, 1914 auf 3,3 Mill. t, 1921 auf 5,3 Mill. t. Der Höhepunkt wurde 1938 mit einer Menge von 7,8 Mill. t erreicht. 1947 lag die Erzeugung infolge des Indononesienkrisis schlagartig auf 1,3 Mill. Tonnen zurück. Besondere ist die Zunahme des Zuckeranbaus in Südamerika. 1901 waren es erst 0,1 Mill. t, seit 1947 wird jährlich die 3 Mill.-t-Grenze überschritten.

Prozentualer Anteil an der Zuckererzeugung (nach Erdteilen)

Jahrzehnt	1904—1913	1928—1945
Europa	45,7	34,3
Nordamerika	27,5	29,8
Südamerika	1,3	10,5
Asien	21,0	22,5
Afrika	2,8	2,8
Ozeanien	1,9	0,9

Zucker gehört zu den Massenartikeln am Weltmarkt. Rund 60% der Weltzuckererzeugung gelangen zur Ausfuhr. Hauptabnehmer sind außer den Vereinigten Staaten, die rund ein Viertel der Weltzuckererzeugung an sich ziehen, die europäischen Länder. Die kubanische Rohzuckererzeugung in Höhe von rd. 3 Mill. t jährlich wird nahezu ein Neoc von den Ver. Staaten übernommen. Von der Erzeugung an Rübenzucker entfällt rund 60% auf Europa, davon allein die Hälfte auf Deutschland innerhalb seiner Grenzen.

Wohl kann verhindert werden, daß sich der Haarwuchs durch die Wirkung von AUXOL vermindert. In der ganzen Welt (mit Ausnahme der Tropen) ist die Sojapflanze nicht einbeigebildet. In den Jahren 1901 bis 1948 sind im Jahre 1901 16,1 Mill. t Zucker und zwar 4,2 Mill. t Rohzucker und 1,9 Mill. t Rübenzucker produziert worden. Im Jahre 1928 war die Weltzuckererzeugung nahezu auf das Dreifache, auf 37,3 Mill. t gestiegen. 1939 lag sie bei 26,1 Mill. t. Das Verhältnis des Anbaus von Rohr- und Rübenzucker hatte sich indessen zum Nutzen des Rohrzuckers geändert. 1929 sind 15,5 Mill. t Rohzucker und 11,3 Mill. t Rübenzucker (1939: 17,7 bzw. 10,9 Mill. t) erzeugt worden.

Der erste Weltkrieg brachte in Europa einen starken Rückgang in der Zuckerproduktion; sie fiel während der Kriegsjahre nahezu auf die Hälfte. Von 7,8 Mill. t auf 4,0 Mill. t Rübenzucker. Der Rückgang ist bald nach dem Krieg wieder ausgeglichen worden, so daß die Produktionsmengen in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen in Europa zwischen 5 und 7 Mill. t im Jahr schwankten. Rußland, das sich bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Hauptproduktionsgebiet für Zucker entwickelt hatte, brachte es damals bereits auf 1,8 Mill. t Jahreserzeugung. 1921 war die Erzeugung in der Sowjetunion auf 50.000 t zurückgegangen. Erholte sich aber bis 1927 auf 1,3 Mill. t und überstieg 1937 mit 2,4 Mill. t erheblich die Vorkriegserzeugung.

In Nordamerika war die Zuckerproduktion bis zum Jahre 1924 in stetigem Steigen; sie lag von 1,4 Mill. t im Jahr 1901 bis auf 7,6 Mill. t im Jahr 1924 hinaufgegangen. Dann trat für etwa 3 Jahrzehnte eine Stagnation ein. Anbau ein, die erst 1945 überwunden wurde. 1947 ist mit einer Produktion von 10,9 Mill. t Zucker das Jahr der bisher größten Ausbeute an Zucker.

Auch Asien ist neuerdings stärker mit der Zuckererzeugung in Erscheinung getreten. Im Jahre 1901 belief sich die Erzeugung in Asien auf 3,3 Mill. t, 1914 auf 3,3 Mill. t, 1921 auf 5,3 Mill. t. Der Höhepunkt wurde 1938 mit einer Menge von 7,8 Mill. t erreicht. 1947 lag die Erzeugung infolge des Indononesienkrisis schlagartig auf 1,3 Mill. Tonnen zurück. Besondere ist die Zunahme des Zuckeranbaus in Südamerika. 1901 waren es erst 0,1 Mill. t, seit 1947 wird jährlich die 3 Mill.-t-Grenze überschritten.

Prozentualer Anteil an der Zuckererzeugung (nach Erdteilen)

Jahrzehnt	1904—1913	1928—1945
Europa	45,7	34,3
Nordamerika	27,5	29,8
Südamerika	1,3	10,5
Asien	21,0	22,5
Afrika	2,8	2,8
Ozeanien	1,9	0,9

Zucker gehört zu den Massenartikeln am Weltmarkt. Rund 60% der Weltzuckererzeugung gelangen zur Ausfuhr. Hauptabnehmer sind außer den Vereinigten Staaten, die rund ein Viertel der Weltzuckererzeugung an sich ziehen, die europäischen Länder. Die kubanische Rohzuckererzeugung in Höhe von rd. 3 Mill. t jährlich wird nahezu ein Neoc von den Ver. Staaten übernommen. Von der Erzeugung an Rübenzucker entfällt rund 60% auf Europa, davon allein die Hälfte auf Deutschland innerhalb seiner Grenzen.

Wohl kann verhindert werden, daß sich der Haarwuchs durch die Wirkung von AUXOL vermindert. In der ganzen Welt (mit Ausnahme der Tropen) ist die Sojapflanze nicht einbeigebildet. In den Jahren 1901 bis 1948 sind im Jahre 1901 16,1 Mill. t Zucker und zwar 4,2 Mill. t Rohzucker und 1,9 Mill. t Rübenzucker produziert worden. Im Jahre 1928 war die Weltzuckererzeugung nahezu auf das Dreifache, auf 37,3 Mill. t gestiegen. 1939 lag sie bei 26,1 Mill. t. Das Verhältnis des Anbaus von Rohr- und Rübenzucker hatte sich indessen zum Nutzen des Rohrzuckers geändert. 1929 sind 15,5 Mill. t Rohzucker und 11,3 Mill. t Rübenzucker (1939: 17,7 bzw. 10,9 Mill. t) erzeugt worden.

Der erste Weltkrieg brachte in Europa einen starken Rückgang in der Zuckerproduktion; sie fiel während der Kriegsjahre nahezu auf die Hälfte. Von 7,8 Mill. t auf 4,0 Mill. t Rübenzucker. Der Rückgang ist bald nach dem Krieg wieder ausgeglichen worden, so daß die Produktionsmengen in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen in Europa zwischen 5 und 7 Mill. t im Jahr schwankten. Rußland, das sich bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Hauptproduktionsgebiet für Zucker entwickelt hatte, brachte es damals bereits auf 1,8 Mill. t Jahreserzeugung. 1921 war die Erzeugung in der Sowjetunion auf 50.000 t zurückgegangen. Erholte sich aber bis 1927 auf 1,3 Mill. t und überstieg 1937 mit 2,4 Mill. t erheblich die Vorkriegserzeugung.

In Nordamerika war die Zuckerproduktion bis zum Jahre 1924 in stetigem Steigen; sie lag von 1,4 Mill. t im Jahr 1901 bis auf 7,6 Mill. t im Jahr 1924 hinaufgegangen. Dann trat für etwa 3 Jahrzehnte eine Stagnation ein. Anbau ein, die erst 1945 überwunden wurde. 1947 ist mit einer Produktion von 10,9 Mill. t Zucker das Jahr der bisher größten Ausbeute an Zucker.

Auch Asien ist neuerdings stärker mit der Zuckererzeugung in Erscheinung getreten. Im Jahre 1901 belief sich die Erzeugung in Asien auf 3,3 Mill. t, 1914 auf 3,3 Mill. t, 1921 auf 5,3 Mill. t. Der Höhepunkt wurde 1938 mit einer Menge von 7,8 Mill. t erreicht. 1947 lag die Erzeugung infolge des Indononesienkrisis schlagartig auf 1,3 Mill. Tonnen zurück. Besondere ist die Zunahme des Zuckeranbaus in Südamerika. 1901 waren es erst 0,1 Mill. t, seit 1947 wird jährlich die 3 Mill.-t-Grenze überschritten.

Prozentualer Anteil an der Zuckererzeugung (nach Erdteilen)

Jahrzehnt	1904—1913	1928—1945
Europa	45,7	34,3
Nordamerika	27,5	29,8
Südamerika	1,3	10,5
Asien	21,0	22,5
Afrika	2,8	2,8
Ozeanien	1,9	0,9

Zucker gehört zu den Massenartikeln am Weltmarkt. Rund 60% der Weltzuckererzeugung gelangen zur Ausfuhr. Hauptabnehmer sind außer den Vereinigten Staaten, die rund ein Viertel der Weltzuckererzeugung an sich ziehen, die europäischen Länder. Die kubanische Rohzuckererzeugung in Höhe von rd. 3 Mill. t jährlich wird nahezu ein Neoc von den Ver. Staaten übernommen. Von der Erzeugung an Rübenzucker entfällt rund 60% auf Europa, davon allein die Hälfte auf Deutschland innerhalb seiner Grenzen.

Wohl kann verhindert werden, daß sich der Haarwuchs durch die Wirkung von AUXOL vermindert. In der ganzen Welt (mit Ausnahme der Tropen) ist die Sojapflanze nicht einbeigebildet. In den Jahren 1901 bis 1948 sind im Jahre 1901 16,1 Mill. t Zucker und zwar 4,2 Mill. t Rohzucker und 1,9 Mill. t Rübenzucker produziert worden. Im Jahre 1928 war die Weltzuckererzeugung nahezu auf das Dreifache, auf 37,3 Mill. t gestiegen. 1939 lag sie bei 26,1 Mill. t. Das Verhältnis des Anbaus von Rohr- und Rübenzucker hatte sich indessen zum Nutzen des Rohrzuckers geändert. 1929 sind 15,5 Mill. t Rohzucker und 11,3 Mill. t Rübenzucker (1939: 17,7 bzw. 10,9 Mill. t) erzeugt worden.

Der erste Weltkrieg brachte in Europa einen starken Rückgang in der Zuckerproduktion; sie fiel während der Kriegsjahre nahezu auf die Hälfte. Von 7,8 Mill. t auf 4,0 Mill. t Rübenzucker. Der Rückgang ist bald nach dem Krieg wieder ausgeglichen worden, so daß die Produktionsmengen in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen in Europa zwischen 5 und 7 Mill. t im Jahr schwankten. Rußland, das sich bereits vor dem ersten Weltkrieg zu einem Hauptproduktionsgebiet für Zucker entwickelt hatte, brachte es damals bereits auf 1,8 Mill. t Jahreserzeugung. 1921 war die Erzeugung in der Sowjetunion auf 50.000 t zurückgegangen. Erholte sich aber bis 1927 auf 1,3 Mill. t und überstieg 1937 mit 2,4 Mill. t erheblich die Vorkriegserzeugung.

In Nordamerika war die Zuckerproduktion bis zum Jahre 1924 in stetigem Steigen; sie lag von 1,4 Mill. t im Jahr 1901 bis auf 7,6 Mill. t im Jahr 1924 hinaufgegangen. Dann trat für etwa 3 Jahrzehnte eine Stagnation ein. Anbau ein, die erst 1945 überwunden wurde. 1947 ist mit einer Produktion von 10,9 Mill. t Zucker das Jahr der bisher größten Ausbeute an Zucker.

Auch Asien ist neuerdings stärker mit der Zuckererzeugung in Erscheinung getreten. Im Jahre 1901 belief sich die Erzeugung in Asien auf 3,3 Mill. t, 1914 auf 3,3 Mill. t, 1921 auf 5,3 Mill. t. Der Höhepunkt wurde 1938 mit einer Menge von 7,8 Mill. t erreicht. 1947 lag die Erzeugung infolge des Indononesienkrisis schlagartig auf 1,3 Mill. Tonnen zurück. Besondere ist die Zunahme des Zuckeranbaus in Südamerika. 1901 waren es erst 0,1 Mill. t, seit 1947 wird jährlich die 3 Mill.-t-Grenze überschritten.

Prozentualer Anteil an der Zuckererzeugung (nach Erdteilen)

Jahrzehnt	1904—1913	1928—1945
Europa	45,7	34,3
Nordamerika	27,5	29,8
Südamerika	1,3	10,5
Asien	21,0	22,5
Afrika	2,8	2,8
Ozeanien	1,9	0,9

Zucker gehört zu den Massenartikeln am Weltmarkt. Rund 60% der Weltzuckererzeugung gelangen zur Ausfuhr. Hauptabnehmer sind außer den Vereinigten Staaten, die rund ein Viertel der Weltzuckererzeugung an sich ziehen, die europäischen Länder. Die kubanische Rohzuckererzeugung in Höhe von rd. 3 Mill. t jährlich wird nahezu ein Neoc von den Ver. Staaten übernommen. Von der Erzeugung an Rübenzucker entfällt rund 60% auf Europa, davon allein die Hälfte auf Deutschland innerhalb seiner Grenzen.

den nächsten Jahren erfüllt werden. Wie der Leiter dieses Büros, Justizrat Sandström, in „Dagens Nyheter“ erklärte, sind nur noch zwei angesehene frühere deutsche Aktiengesellschaften zu liquidieren, außerdem wird das Büro noch zu der Frage der Übertragung der ehemaligen deutschen Grundbesitzverhältnisse an den Staat Stellung zu nehmen haben. Auf dem bei der schwedischen Reichsbahn eingerichteten Deutscherkonto steht ein Betrag von mehr als 200 Mill. \$K. Hiervon werden nach dem Washingtoner Abkommen 150 Mill. \$K für den deutschen Wiederaufbau abgewandt. Die für die Abfindung schwedischer Gläubiger erforderlichen ca. 200 Mill. \$K sind sichergestellt. Justizrat Sandström gibt den schwedischen Inhabern von deutschen Forderungen den Rat, diese Forderungen nicht zu verkaufen, weil dies „absolut kein gutes Geschäft“ sein würde.

Spaniens Wirtschaft stagniert

Wie alljährlich lag das Wirtschaftswachstum Spaniens — abgesehen von einem in diesem Jahre stärkeren Zustrom von Fremden aus dem Ausland — in den Sommermonaten darnieder. Die Banken hatten nur geringe Neuzugänge, die Kreditwürdigkeit blieb verhältnismäßig gering. Die langanhaltende Trockenheit und der noch immer anhaltende Mangel an gewissen Rohstoffen ermutigten nicht zu Neuinvestitionen, die Arbeitsleistung litt wie immer im Hochsommer unter der Hitze und den Beurlaubungen. Im Laufe des Sommers hat Staatliche Franco verschiedene Industrie- und Kraftwerksanlagen, deren Fertigstellung im diesjährigen Industrieprogramm vorgesehen war, eingeweiht.

In der Anfang Oktober in Madrid eröffneten Ausstellung der Eisenwaren- und -verarbeitenden Industrie nahmen mehr als 200 Aussteller teil.

Seit der vor kurzem erfolgten Rückkehr des Staatsführers nach Madrid hat sich der Markt belebt, die Börsenaktivität ist bei ziemlich fester Tendenz aktiver geworden. Die Ende September im ganzen Land gefallenen Niederschläge haben sich vorteilhaft auf die Wasserkraftwirtschaft und damit auf die Industrie ausgewirkt, auch der Landwirtschaft kamen die Regenfälle sehr zu gut. Die Ertragsaussichten für die marktbringenden Apfelsorten sind besonders gut. Die Weinlese wird im Vergleich zum Vorjahr zurück bleiben, doch wird sich die kleinere Ernte im Preisraum auswirken, weil der Weinkonsum infolge der geringen Kaufkraft des breiten Publikums um mehr als 40 Prozent zurückgegangen ist.

Elektromotoren in der Türkei gesucht

Nach amtlichen italienischen Berichten besteht in der Türkei ein dringender Bedarf an Elektromotoren, der von den USA und Großbritannien wegen der langen Lieferfristen nicht gedeckt werden kann. (Frisch durchschmitteter Länge bis 1 Jahr) Fühler ist auf dem türkischen Markt jedoch die Schweizer, schwedische, belgische und tschechische Konkurrenz. Der Hauptbedarf soll sich auf Motoren von 0,5 bis 4 PS mit 1000 Umdrehungen in der Minute richten. Für größere Motoren besteht geringere Nachfrage.

Türkische Einfuhrerleichterungen

Die Grundlage für die Erteilung von Einfuhrerleichterungen bilden in Zukunft drei Listen, die das türkische Handelsministerium veröffentlicht hat. Sie umfassen 120 Positionen. Liste A berücksichtigt die „halb-wesentlichen“ Waren. In ihr sind etwa 80 Positionen aufgeführt. Der Text kann beim Vereinigten Wirtschaftsamt Frankfurt a. M. Teil 100 angefordert werden. Die Liste C enthält alle Waren, die nicht in den Listen A und B aufgeführt sind. Hier ist mit einer Liberalisierung nur in ganz besonderen dringenden Fällen und nur dann zu rechnen, wenn die Devisenlage es erlaubt.

Internationale Erdölwirtschaft und USA

Rohpetroleumpreise steigen — Zu hohe fiskalische Belastung

Wer sich ein Bild von der Lage der internationalen Erdölwirtschaft machen will, muß sich zwangsläufig vorerst einmal mit der Lage in den USA befassen, denn wir sehen immer in der 60-jährigen Geschichte der modernen Erdölwirtschaft oben auch heute noch die USA einen bestimmenden Einfluß auf die internationale Marktlage für Mineralöl aus. Das ist durchaus nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß etwa 60% der Weltproduktion nicht nur in den USA gefördert, sondern dort auch verbraucht werden. Im Jahre 1948 entfielen von einer Gesamtproduktion in Rohöl einschließlich Naturgas von rund 480 Mill. t allein 293 Mill. t auf die USA. Selbst diese ungeheure Eigenproduktion reichte aber noch nicht aus, um den nach dem Krieg gewaltig gestiegenen Bedarf der USA voll zu decken, so daß die USA zum erstmaligen in ihrer Geschichte erheblich größere Mengen Erdöl einführen mußten als Mineralölprodukte exportiert wurden. Der Importüberschuss belief sich 1948 auf etwa 8 Mill. t. Im laufenden Jahr sind diese Rohölimporte weiter angestiegen und stellen sich in den ersten 5 Monaten auf 10,3% des einheimischen Bedarfs gegenüber nur 8,9% im vergangenen Jahr. Diese steigenden Rohölimporte haben übrigens bereits zu häufigen Protesten von Seiten der amerikanischen Rohölproduzenten geführt und deshalb soll demnächst der amerikanische Kongress eine zusätzliche Vorlage unterbreitet werden, die den Import von Rohölen auf 0% des einheimischen Verbrauchs beschränken will.

Die über Erwartung starke Steigerung der amerikanischen Mineralölimporte in den Nachkriegsjahren ist neben dem erhöhten Flugbenzolinbedarf nicht nur auf den ständigen Anwachsen des Kraftfahrzeugbestandes zurückzuführen sondern auch auf die fortschreitende „Dieselisation“ (Umstellung auf Dieselantrieb) der amerikanischen Eisenbahnen sowie auf die zunehmende Verwendung von Mineralöl zu Heizzwecken. Einige Zahlen mögen diese Entwicklung illustrieren. Im Jahre 1946 waren in den USA insgesamt 34,4 Mill. Kraftfahrzeuge (ohne Kraftroller) im Einsatz, 1948 waren es bereits 40,1 Mill. und 1950 werden es nach offiziellen Schätzungen schon über 50 Mill. sein. Hierunter befindet sich eine ständig zunehmende Flotte moderner Überlandomnibusse, die den Eisenbahnen scharfe Konkurrenz machen. Diese Konkurrenz hat zweifellos sehr dazu beigetragen, die Modernisierung der Eisenbahnen erheblich zu beschleunigen. So sind im Jahre 1948 bereits über 30 Mill. barrel (1 barrel = 162 Liter) Dieselöl allein von den amerikanischen Eisenbahnen verbraucht worden. Für 1949 rechnet man mit einer Verbrauchssteigerung um 30%. Die zunehmende Verwendung von Mineralöl für Heizzwecke läßt sich am eindrucksvollsten an der Tatsache erkennen, daß Anfang dieses Jahres in öffentlichen Gebäuden und Privathäusern der USA nicht weniger als 3 978 000 Heizungsanlagen in Betrieb waren. Bis zum Winter wird sich diese Zahl auf 4 400 000 vermehren.

Nichtdestoweniger ist es der Ölindustrie gelungen, nicht nur mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, sondern die Produktion so zu steigern, daß sich heute Angebot und Nachfrage wieder in etwa die Waage halten. Das ist allerdings nur durch einen intensiven Kapital- und Materialumsatz möglich gewesen. Allein die amerikanische Ölindustrie hat in den letzten Jahren über 3 Milliarden Dollar neu investiert.

Auch das Transportproblem, das in den ersten Nachkriegsjahren nach dem Krieg die Schwierigkeiten bereitet, ist durch die vielen Tankerbestellungen inzwischen gelöst worden. Gegenwärtig stehen der Welt insgesamt etwa 24,9 Mill. RT Tankertonnagen zur Verfügung. Das ist im Augenblick mehr als genug, so daß zur Zeit etwa 1,5 Mill. t aufliegen.

Die gegenwärtige Rohölproduktion der Welt hält sich in etwa im Rahmen der Vorkriegserzeugung, steigt aber eher eine etwas rückläufige Tendenz, wenn man die Produktionsziffern für das 1. Halbjahr 1949 mit dem Vorjahre vergleicht. Insgesamt wurden in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres 211 000 000 t Rohöl gefördert, wovon 127 000 000 t auf die USA entfielen. Hierbei ist bemerkenswert, daß der Produktionsanteil der USA gegenüber den seit vielen Jahren behaupteten 60% erstmalig etwas abgesunken ist, was nicht zuletzt auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Rohölproduktion im Mittleren Osten zurückzuführen ist. Die Förderung im Mittleren Osten ist im ersten Halbjahr 1949 auf 25 103 000 t gestiegen und hat damit Venezuela die Führung von 21 800 000 t bereits überholt. Die Erdölproduktion der UdSSR ist mit 16 600 000 t nur wenig gestiegen. Das Zeitalter des Mittleren Ostens wird besonders für die zukünftige Versorgung Westeuropas — und damit auch Westdeutschlands — eine bedeutende Rolle spielen. Man rechnet in diesem Gebiet für 1951 bereits mit einer potentiellen Jahresproduktion von rund 100 Mill. Tonnen und 1954 sogar mit 153 Mill. Tonnen.

